



## **Beschluss**

Baden-Württemberg  
Bayern  
Berlin  
Brandenburg  
Bremen  
Hamburg  
Hessen  
Mecklenburg-Vorpommern  
Niedersachsen  
Nordrhein-Westfalen  
Rheinland-Pfalz  
Saarland  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Schleswig-Holstein  
Thüringen

### **TOP II. 9. Messerangriffe**

Berichterstattung: Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister stellen fest, dass eine steigende Zahl an Straftaten, bei denen ein Messer gegen andere Menschen eingesetzt wird, von der Bevölkerung zu Recht als eine ernsthafte Bedrohung ihrer Sicherheit empfunden wird, der der Rechtsstaat mit Nachdruck begegnen muss.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten deshalb die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz zu prüfen, inwieweit die Strafvorschriften für mittels eines Messers begangene Körperverletzungen zu reformieren sind, um für solche Taten eine angemessene Sanktionierung zu gewährleisten und ein klares rechtspolitisches Signal gegen diese Kriminalität zu setzen.